

Österreichischer Volksblatt

Nr. 131

Erscheint täglich außer Sonntag. — Einzelpreis 90 g. Bezugspreis monatl. S 18.30, mit Zustellung S 19.30. — Postsparkassen-Konto Wien 2144

Freitag, 6. Juni 1952

Linz, Landstraße 41. Fernruf: Anzeigen und Vertrieb Nr. 2 67 21, Redaktion Nr. 2 43 26, Chefredakteur 2 44 51 — Fernschreiber Linz 35

78. Jahr

Otto bläst zum „psychologischen Krieg“

Der Habsburger fordert „Propaganda in jeder Form“ gegen den Kommunismus Partisanen und Geheimagenten

London (Reuter, W). Vor über 300 Zuhörern aus vielen Ländern der westlichen Welt forderte Otto Habsburg am Donnerstag eine entschlossene „psychologische Kriegsführung zur Niederringung des Sowjetkommunismus“. Otto Habsburg sprach zu Beginn einer dreitägigen Konferenz in einem Ort bei London. Der Konferenz liegt eine Entschließung vor, die eine psychologische Kriegsführung mit defensiven und offensiven Mitteln vorsieht.

Die defensive Methode müsse der verstärkten Aufklärung aller Menschen über die wahren Ziele des Kommunismus gelten. Dabei sei jede Form von Propaganda anzuwenden.

Die offensive Seite müsse von den Regierungen getragen werden; dazu gehöre erstens die Zusammenfassung aller freiheitsliebenden Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges zu einer gemeinsamen antihöfisch-wirtschaftlichen Front und zweitens die Bildung eines Generalstabes der „psychologischen Kriegsführung“, der über eine Operationsabteilung und einen Nachrichtendienst verfügen müsse. Zu seinen Aufgaben gehöre die Organisation von Partisanentätigkeit in allen unterjochten Ländern, die Auswertung der von den Untergrundbewegungen gesammelten Informationen und die Ausbildung von Geheimagenten. Die gegenwärtigen Vorkämpfer der atlantischen Verteidigung werden in der Resolution als völlig unzulänglich bezeichnet.

Otto Habsburg, unter dessen Schirmherrschaft die Konferenz steht, bezeichnete den Erfolg der psychologischen Kriegsführung als wahrscheinlich ausschlaggebend für Sieg oder Niederlage des Kommunismus.

Der Westen müsse unter allen Umständen die Fehler vermeiden, die während des Krieges und nachher im Falle Deutschlands begangen worden seien. Dazu gehöre die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation, die Form der militärischen Besetzung und die Art der Nürnberger Prozesse, vor allem aber der Morgenthau-Plan. An Stelle dieser Fehler müsse die Vorbereitung einer konstruktiven Alternative, eine „Strategie des Sieges“ mit positiven Mitteln treten.

USA-Stahlexport eingestellt

Washington (Reuter). Die amerikanische Regierung hat den Export aller Stahlerzeugnisse, „mit Ausnahme jener, die für die unmittelbare militärische Produktion der Vereinigten Staaten oder befreundeter Länder sowie für jene Industrien, die für die Verteidigung arbeiten“, eingestellt.

Die Regierung traf diese Maßnahme wegen des jetzt vier Tage dauernden Streiks der amerikanischen Stahlarbeiter, der die Stahlproduktion in den USA lahmgelegt hat.

Die osteuropäischen Länder solle man nicht als Satelliten, sondern als „besetzte Staaten“ bezeichnen und ihnen klar machen, daß sie Verbündete des Westens sind. Ihr Schicksal sei als

Ergebnis von Jalta zum Teil die Schuld der westlichen Politik.

Otto betonte, der Westen könne nur mit einer besseren, aktiveren und konstruktiveren psychologischen Kriegsführung die Auseinandersetzung gewinnen.

Die Konferenz wurde von einem britischen Journalisten und Herausgeber einer Zeitschrift einberufen.

Handelsabkommen Persien-Westdeutschland

Westdeutschland erhält Rohstoffe und liefert Fertigwaren

Bonn (Reuter). Das westdeutsche Wirtschaftsministerium gab gestern den Abschluß eines Handelsabkommens mit Persien bekannt, das einen Gütertausch zwischen den beiden Ländern im Werte von 59 Millionen Dollar in beiden Richtungen vorsieht. Dieses zwischen dem vor kurzem in Westdeutschland weilenden persischen Wirtschaftsminister Dr. Ali Amini und dem westdeutschen Wirtschaftsministerium getroffene Abkommen tritt an die Stelle eines bereits am 2. Oktober 1950 paraphierten, von Persien jedoch nicht ratifizierten Handelsvertrages. Der neue Vertrag gilt vorläufig bis Ende März 1953.

Westdeutschland wird im Rahmen des neuen Abkommens Maschinen, Dieselmotoren, Automobile, Transformatoren, Textilmaschinen, Ausri-

stungsmaterial für Elektrizitätswerke, Präzisions- und optische Instrumente, Textilien sowie Eisen- und Stahlwaren nach Persien ausführen und im Austausch dafür Kupfer, Blei und Zink-erz, chemische Rohmaterialien, Erfrüchte, Wolle, Baumwolle, Säute und Felle, Seide, Teppiche, Trocken-Dörrobst und Reis beziehen.

Persien hat sich bereit erklärt, die den deutschen Firmen in Persien auferlegten Beschränkungen aufzuheben und Maßnahmen zu treffen, damit konfisziertes deutsches Eigentum seinen früheren Besitzern wieder rückerstattet werde.

Ein westdeutscher Teilnehmer an den Wirtschaftsverhandlungen erklärte, daß in diesem Abkommen ein persischer Export von Rohöl nach Westdeutschland nicht vorgesehen sei.

Angriff gegen Regierung Pinay

Die Opposition beginnt eine scharfe Redeschlacht

In einem Augenblick, in dem die Attentate in Tunis wieder begonnen haben, rollte am Donnerstag in der französischen Nationalversammlung mit der Debatte über das Tunesienproblem ein erneuter Angriff der Opposition gegen den Bestand der Regierung Pinays an. Im Mittelpunkt des Angriffes stand die als widerspruchsvoll und schwankend empfundene Politik des Quai d'Orsay in Tunesien.

Bevor jedoch die Nationalversammlung in die allgemeine Debatte eintreten konnte, benutzten die Kommunisten die Gelegenheit zu einer Demonstration. Der verwante Platz ihres Fraktionsführers Jacques Duclos, der auf Anweisung der Staatsanwaltschaft unter der Beschuldigung des Attentates gegen die

Staatsicherheit festgenommen wurde, wurde von ihnen — unter höhnischen Zwischenrufen von der Bank der Rechten — feierlich mit dessen dreifacher Abgeordnetenstärke geschmückt.

Dann sprach General Aumeran, der stets als erster das Wort ergreift, wenn es um außenpolitische Dinge geht und der, obwohl er zu den Unabhängigen zählt, einer der schärfsten Gegner der Außenpolitik der Regierung Pinays ist. General Aumeran wurde von dem gaullistischen Sprecher für nordafrikanische Angelegenheiten abgelöst, der dem französischen Außenminister vor allem den Vorwurf machte, seine Politik in Nordafrika sei nicht kontinuierlich und er weiche dem von „befreundeten Mächten“ ausgeübten Druck zu leicht.

Unveränderte Lage in und um Berlin

Berlin (Reuter). 48 Stunden nach Beginn der Abschließung des ostdeutschen Rundfunkgebäudes im britischen Sektor von Berlin ist die Lage im allgemeinen unverändert. Auf einen telephonischen Anruf erteilte eine Angestellte dem Reuter-Korrespondenten die Auskunft: „Wir haben Lebensmittel für zwei Wochen.“

Eine der Angestellten, die an Zuckerkrankheit leidet, versuchte von der britischen Wachmannschaft die Erlaubnis zu erhalten, sich Insulin zu beschaffen. Dies wurde von britischer Seite abgelehnt. Es wurde ihr jedoch mitgeteilt, daß sie sofort in ein Spital gebracht werden könnte, um die notwendigen Injektionen zu erhalten, falls sie das Gebäude verläßt. Die Kranke weigerte sich jedoch, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen.

Der Interzonenverkehr verläuft, abgesehen von einer Verlangsamung der Abfertigung am Autobahnkontrollpunkt Babelsberg, normal. Die beiden amerikanischen Autobahnpatrouillen wurden von den russischen Posten am Donnerstag wieder zurückgeschickt. Daß gestern eine amerikanische Streife bei Marienhoden passieren durfte, stellte nach Ansicht amerikanischer Beamter anscheinend ein „Versehen“ der Sowjetposten dar.

Die auf der Autobahn Berlin-Helmstedt täglich zur Überwachung des alliierten Fahr-

zeugverkehrs eingesetzten amerikanischen Autobahnpatrouillen wurden am Donnerstag von den sowjetischen Kontrollbehörden wiederum abgewiesen, nachdem am Mittwoch ein amerikanisches Patrouillenfahrzeug von Helmstedt aus durchgelassen worden war. Die britische Autobahnpatrouille, die etwas später zu ihrer Routenfahrt starten wollte, wurde ebenfalls von den Sowjets zurückgewiesen.

Die sowjetischen und ostdeutschen Polizeiwachen haben Donnerstag früh die Milch- und Postzustellung aus West-Berlin nach Steinbrücken, der größten Westberliner „Insel“ in der Sowjetzone, gestattet. Weitere Lebensmittelzufuhren sowie das Verlassen oder Betreten des Ortes sind jedoch weiterhin nicht erlaubt. Steinbrücken war Dienstag von Westberlin völlig abgeschnitten worden. Für die Auflockerung des „Ringes um Berlin“ wurde keine Erklärung gegeben.

Appell um Unterstützung Berlins

Der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter appellierte am Donnerstag in einer Ansprache vor dem Abgeordnetenhaus an die Bundesrepublik und die freie Welt, Berlin so stark wie möglich zu unterstützen. Unter dem Hinweis auf die letzten sowjetischen Maßnahmen gegen den Verkehr zwischen Westberlin und der Sowjetzone sowie gegen die Westberliner Enklaven

forderte Reuter den Westen auf, eine klare und zielbewusste Haltung zu dieser Stadt einzunehmen. Es müsse gezeigt werden, daß der Westen hinter dem Freiheitskampf Berlins steht. Er sei überzeugt, daß die Bundesregierung die Notwendigkeit eines schnellen und energischen Vorgehens erkennen werde. Er sei von den Alliierten davon unterrichtet worden, daß sie die Bemühungen, Aufträge für diese Stadt zu erreichen, auch künftig unterstützen werden.

In Berlin sei trotz der sowjetischen Maßnahmen keine ernsthaftige Beunruhigung zu beobachten gewesen, sagte Reuter. Auch die Sparmaßnahmen seien konstant geblieben und in letzter Zeit sogar gestiegen. Die Gefahr für Berlin liege darin, daß in der Bundesrepublik und in der freien Welt der Gedanke aufkommen könnte, Berlin sei gefährdet und es habe keinen Zweck, diese Stadt zu unterstützen.

Die ersten Sowjetzonen-Reisegenehmigungen

Die ersten Westberliner haben jetzt die seit 1. Juni für Reisen in die Sowjetzonenrepublik erforderlichen Genehmigungen erhalten. Bis jetzt haben die Ostberliner Bezirksämter aber nur Einzelreisegenehmigungen ausgeben, für die sie jeweils drei Westmark kassieren. Dauerpassierscheine wurden noch nicht ausgestellt.

Kein Platz für Demagogie

San Francisco, Anfang Juni 1952.

Die bevorstehenden amerikanischen Präsidentschaftswahlen rücken wieder einmal die so schwierige Frage des amerikanischen Parteiensystems in den Vordergrund. Schwierig, weil der Europäer bei der Betrachtung dieses Parteiensystems zu allererst schon über die Tatsache stolpert, daß die beiden Parteien Amerikas keine Parteien sind; Parteien nach unserem Begriff, mit einem Programm, einer Mitgliederkartei und vor allem einer weitgehenden Disziplin. Da man diesem seltsam anmutenden Zustand gern aus dem Weg gehen möchte und deshalb doch mit dem Begriff Partei der amerikanischen Demokratie an den Leib rückt, entsteht vielfach das falsche und mißverständliche Bild über die amerikanische Demokratie.

Man muß die Vereinigten Staaten als das sehen, was sie sind: ein Mosaik vieler verschiedener Steinchen; ein riesiges Zusammenspiel extremster rassischer, kultureller, klimatischer, religiöser und wirtschaftlicher Komponenten. In einem derartigen Staatsgebilde war das Zentralproblem der Politik immer nur die Suche nach dem besten Weg, diese entgegengesetzten Gruppen zusammenzuhalten. Das konnte aber nicht durch Gewalt geschehen, sondern nur durch Kompromiß. Denn keine dieser Gruppen war stark genug, alle anderen für sich zu gewinnen. Kompromiß wiederum gibt es aber nur, wenn es frei von jeder Drohung und frei von jedem Zwang ist. Daher verlangt jede lebenswichtige Entscheidung in den USA ein einstimmiges Übereinkommen aller daran interessierten Gruppen.

Ausdruck dieser traditionellen amerikanischen Demokratie ist die Arbeit des Kongresses. Jedesmal, wenn im Kapitol zu Washington ein neues Gesetz durchgedrückt wird, kann man die Feststellung treffen, daß die Einheitsbasis im Kongreß nicht der Boden der beiden Parteien — der Demokraten und der Republikaner — ist, sondern der Boden von sogenannten Blöcken, wie z. B. dem Block der Farmer, dem Block der Freunde der Arbeiter, dem Silberblock oder dem Block der Mittelwest-Isolationisten, um nur einige dieser zahlreichen Interessengruppen im amerikanischen Parlament herauszugreifen. In diesen Blöcken kreuzen sich die Parteilinien. Denn die Parteien an sich sind nur lose organisiert, und die Grenzen sind äußerst verschwommen, so daß jedes Kongreßmitglied ausschließlich seinem Block dient. Das amerikanische Kabinett zum Beispiel ist das einzige in der Welt, welches seine Mitglieder gesetzlich verpflichtet, Spezialinteressen zu dienen.

Wir sehen also im amerikanischen politischen Leben ein Übergewicht der naturgegebenen Interessen verschiedenster Gruppen dieses ausgedehnten Komplexes von 48 Staaten, sehen das Zusammenspiel dieser auseinanderstrebenden Anschauungen als ein Ergebnis zahlloser Kompromisse, die nur möglich sind, weil keine Grenze zwischen den Parteien eine Verständigung erschwert. Solche Parteien aber können nur Parteien ohne Dogma und Ideologie sein. Sie sind nichts anderes als lose Vereinigungen traditioneller Gruppen und lassen ihre Umrisse nur dann aufleuchten, wenn es — wie jetzt — gilt, in den Wahlkampf zu ziehen. Aber auch dann lassen sich diese beiden amerikanischen Parteien nicht in die Skala europäischer Parteien von der extremen Linken bis zur extremen Rechten einreihen. Das macht das Verständnis der amerikanischen Demokratie für uns Europäer so schwer, die wir gewöhnt sind, in den Parteien einen aus harten politischen Kämpfen emporgewachsenen und ideologisch fundierten Komplex zu sehen.

In Europa glaubt sich jede politische Partei allein im Recht. Sie ist der festen Überzeugung, daß ihre politischen Gegner falsch oder böse sind. Und wenn die Ideologie einer Partei verletzt oder herausgefordert wird, dann gibt es keine Toleranz mehr und kein Kompromiß. Dann wird jeder Gedanke daran zum Hochverrat. Die Partei ist dann gleich einer disziplinierten Armee; kann sie auf keine andere Weise ihr Recht geltend